

# Pressemitteilung



Der Kinderschutzbund  
Landesverband  
Rheinland-Pfalz

Deutscher Kinderschutzbund  
Landesverband Rheinland-Pfalz e.V.

Ansprechpartner:  
Christian Zainhofer

Tel.: 49 173 3018953  
christian.zainhofer@kinderschutzbund-rlp.de  
www.kinderschutzbund-rlp.de

09.06.2021

## **Kinderschutzbund enttäuscht über gescheiterte Verhandlungen zur Aufnahme der Kinderrechte ins GG**

### Landesregierung wird zur Überarbeitung der Landesverfassung aufgefordert

MAINZ. Nach dem enttäuschenden Scheitern der Verhandlungen zu der Aufnahme von Kinderrechten ins Grundgesetz sieht der Kinderschutzbund in Rheinland-Pfalz die Landesregierung in der Pflicht, die eigene Landesverfassung in diesem Punkt zu überarbeiten. Vor allem das Familienministerium habe in den vergangenen Monaten die Grundgesetzänderung unterstützt; jetzt sei es an der Zeit, die damit verbundenen Forderungen im eigenen Bundesland in die Tat umzusetzen.

In Mainzer Stellungnahmen zur Änderung des Grundgesetzes wurden vor allem der Vorrang des Kindeswohls sowie das Recht auf Entwicklung und Beteiligung hervorgehoben. „Hier gibt es allerdings auch in der Landesverfassung deutlichen Nachholbedarf“, sagt der Landesvorsitzende des Kinderschutzbundes, Christian Zainhofer. Aus der derzeitigen Formulierung ergebe sich weder die eindeutige Pflicht, Kinder in den sie betreffenden Angelegenheiten zu beteiligen, noch ein klares Bekenntnis zum Vorrang des Kindeswohls bei allem staatlichen Handeln, soweit es die Rechte der Kinder betrifft.

Zainhofer hob hervor, dass Rheinland-Pfalz seit Jahrzehnten für eine kinderfreundliche Gesellschaft eintritt. Außerdem hat es als eines der ersten Bundesländer die Kinderrechte in der Verfassung verankert und somit Kinder als Träger eigenständiger Grundrechte anerkannt. Der dazu geschaffene Artikel 24 entspreche jedoch nicht den Regelungen der UN-Kinderrechtskonvention.

Gerade nach dem kläglichen Aus der Bemühungen der Großen Koalition um die Kinderrechte im Grundgesetz müssten Landesregierung und Landtag ein deutliches Signal senden, dass in Mainz vollmundigen politischen Forderungen auch Taten folgen. In Hessen etwa wurden nach dem überwältigenden Ergebnis einer Volksabstimmung (89 % Ja-Stimmen) die Kinderrechte

vorbildlich in die Landesverfassung aufgenommen, vor wenigen Wochen ist das auch in Bremen geschehen.

„Wie wichtig es ist, Kindern eigenständige Grundrechte zu geben, haben die vergangenen Monate gezeigt“, sagt Zainhofer. Die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen standen auf der Prioritätenliste weit unten, und es habe nicht den Anschein, dass dies sich mit Blick auf die Vorbereitungen für den kommenden Herbst ändert.

Der Deutsche Kinderschutzbund (DKSB): Für die Zukunft aller Kinder!  
Im DKSB (1953 in Hamburg gegründet) sind über 50.000 Einzelmitglieder in ca. 425 Ortsverbänden aktiv – und machen ihn zum größten Kinderschutzbund Deutschlands. In Rheinland-Pfalz setzen sich ca. 260 haupt- ca. 1300 ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für Kinder und gegen Missstände ein, drängen Politiker und Verwaltung zum Handeln und packen selber an. Der DKSB will Kinder stark machen, ihre Fähigkeiten fördern, sie ernst nehmen und ihre Stimme hören. Da setzt sich der DKSB mit den Schwerpunktthemen Kinderrechte, Kinder in Armut und Gewalt gegen Kinder für die Kinder in unserem Land ein.

**FÜR DIE ZUKUNFT ALLER KINDER – GEGEN ARMUT!**

**LEBENSÄUßERUNG FÜR KINDER · GESUNDHEIT FÜR KINDER · BILDUNG FÜR KINDER ·  
KULTURELLE UND SOZIALE TEILHABE FÜR KINDER**

**WERDEN SIE MITGLIED IM DEUTSCHEN KINDERSCHUTZBUND!  
SPENDEN SIE!**

Unsere Bankverbindung:  
Bank für Sozialwirtschaft, IBAN: DE 29 5502 0500 0001 6473 00, BIC: BFSWDE33MNZ.